



Nach Verhandlungsabbruch weiterhin stabile Vorteilssicht auf Bilaterale

Standort Schweiz 2022 – Europafragen

im Auftrag der Interpharma

PROJEKTTEAM

Urs Bieri: Co-Leiter

Jonas Ph. Kocher: Projektleiter

Olga Jenzer: Wissenschaftliche Mitarbeiterin Data Science

Daniel Bohn: Projektmitarbeiter

Bern, 23. Februar 2022

1 Vorteilssicht auf Bilaterale stabil

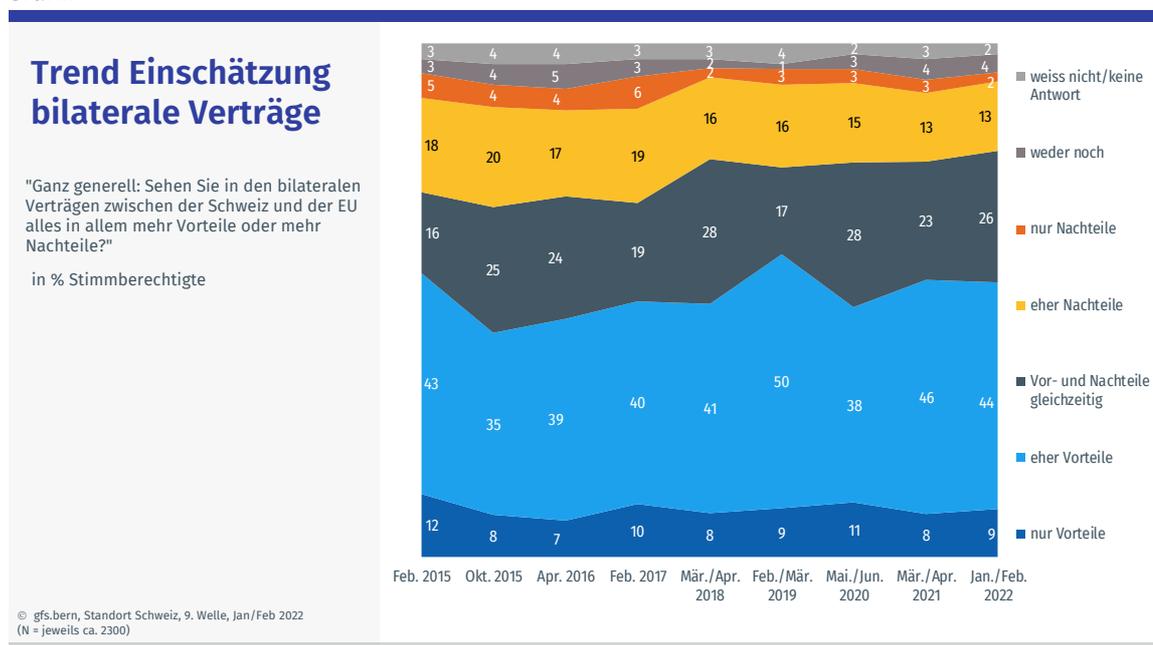


Auch mit einer gewissen Distanz zum Verhandlungsabbruch zum institutionellen Abkommen bleibt die generelle Einschätzung der bilateralen Verträge stabil und mehrheitlich positiv. In den Bilateralen werden viele verschiedene Vorteile gesehen, sei es für die Wirtschaft und den Forschungsstandort Schweiz, seien es Erleichterungen beim Reisen oder Beiträge zu Sicherheit und Frieden in der Schweiz und Europa. Als Negativpunkt wird knapp mehrheitlich der Druck auf die Schweizer Löhne gesehen.

Das wichtigste europapolitische Ereignis seit der letzten Befragung (März/April 2021) war der Abbruch der Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen mit der EU ("Rahmenabkommen"). Mehrere Sitzungen zwischen Vertreter:innen der Schweiz und der EU halfen nicht, die offenen Fragen zu klären und den Stillstand in den Verhandlungen zu lösen. Aus Sicht des Bundesrates bestanden weiterhin substantielle Differenzen. Insbesondere bei der Unionsbürgerrichtlinie, dem Lohnschutz und den staatlichen Beihilfen fanden sich die beiden Seiten nicht, was den Bundesrat dazu veranlasste, das institutionelle Abkommen nicht zu unterzeichnen und Ende Mai die Verhandlungen für beendet zu erklären. Der Bundesrat hält jedoch am bilateralen Weg fest.

Der Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen hat die generelle Einschätzung der bilateralen Verträge kaum beeinflusst:

Grafik 1

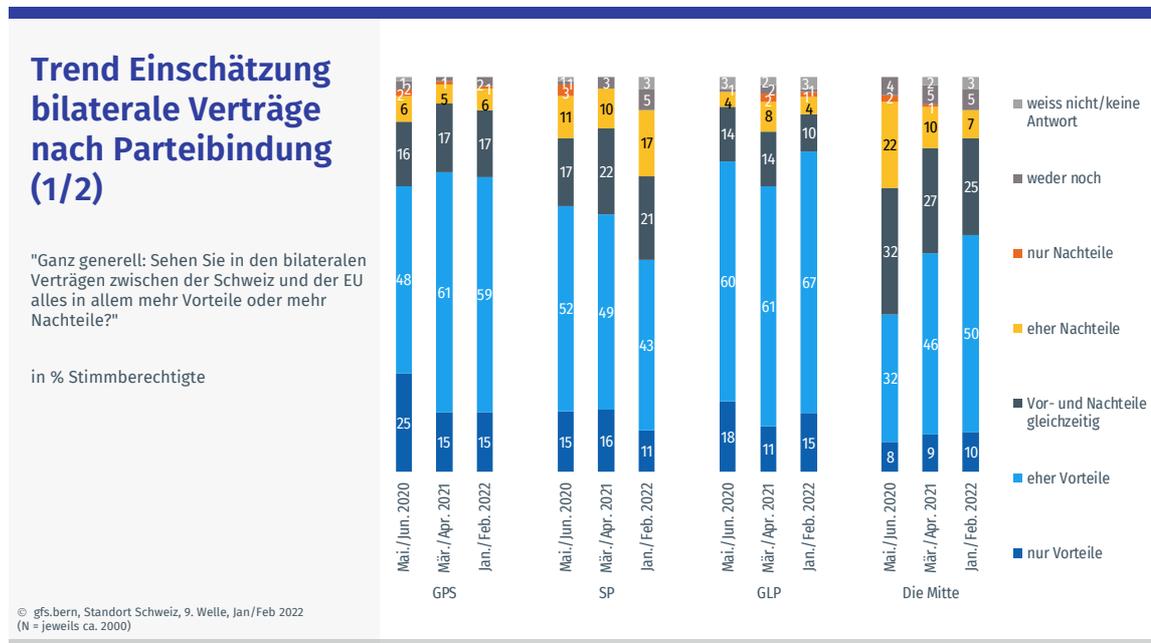


Weiterhin sieht eine knappe absolute Mehrheit (53%) hauptsächlich Vorteile darin, 15 Prozent hingegen eher oder nur Nachteile. Das ist innerhalb des Stichprobenfehlers dasselbe Ergebnis wie vor dem Abbruch der Verhandlungen. Gut ein Viertel (26%) sieht gleichzeitig sowohl Vor- als auch Nachteile. Insgesamt bleibt damit die positive Beurteilung der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU ein sehr stabiles Funda-

ment für jegliche themenbezogene Diskussion. Dies betrifft insbesondere auch Reformabsichten: Es gilt zu erklären, wieso diese im Rahmen einer grundsätzlich zufriedenstellenden Situation nötig sind.

Ungebrochen bleibt aber die Beurteilung aus parteipolitischer Sicht das wichtigste Differenzierungsmerkmal:

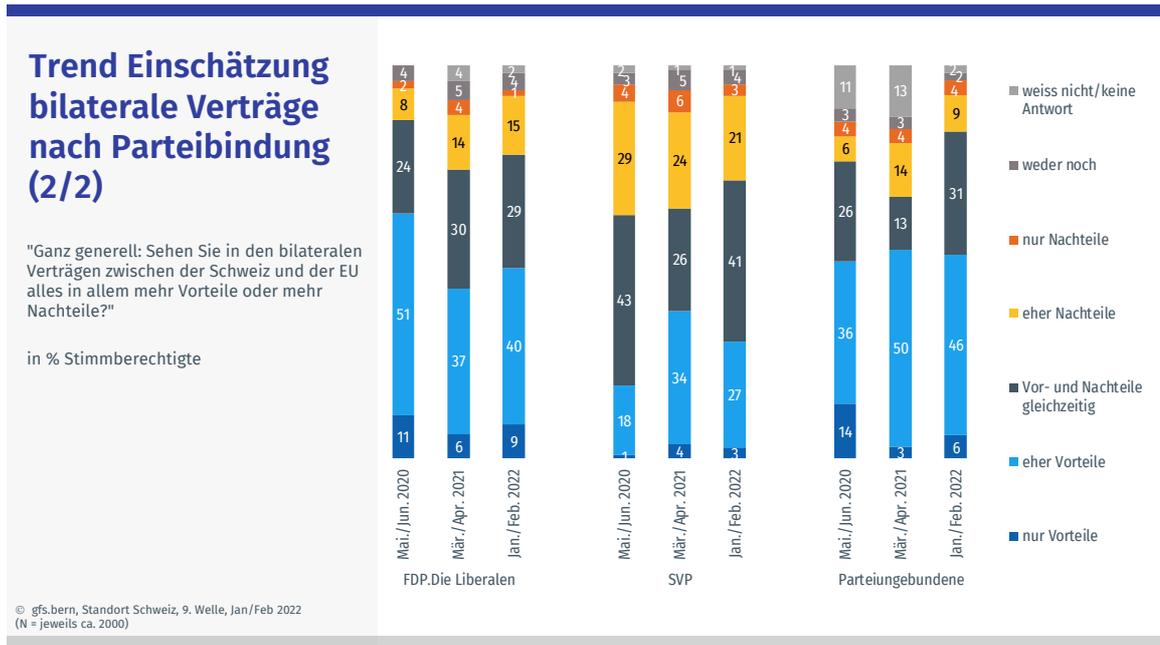
Grafik 2



Unter den Anhängerschaften von GLP und GPS ist die Vorteilssicht auch in diesem Jahr deutlich vorhanden. Bei den SP-Sympathisant:innen – traditionell auch stark im proeuropäischen Lager verhaftet – ist im Vergleich zu den Vorjahren eine leicht kritischere Stimmung festzustellen: Nur noch 54 Prozent sehen nur oder eher Vorteile. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 11 Prozentpunkte. Die SP-Anhängerschaft ist damit im Jahr 2022 ähnlich gegenüber den Bilateralen eingestellt wie die Gesamtbevölkerung.

Der Rückgang bei der SP wird unter anderem durch die Sympathisierenden der Mitte wettgemacht: 60 Prozent sehen hier mehr Vor- als Nachteile in den bilateralen Verträgen. Noch vor zwei Jahren war die Anhängerschaft der Partei deutlich gespalten.

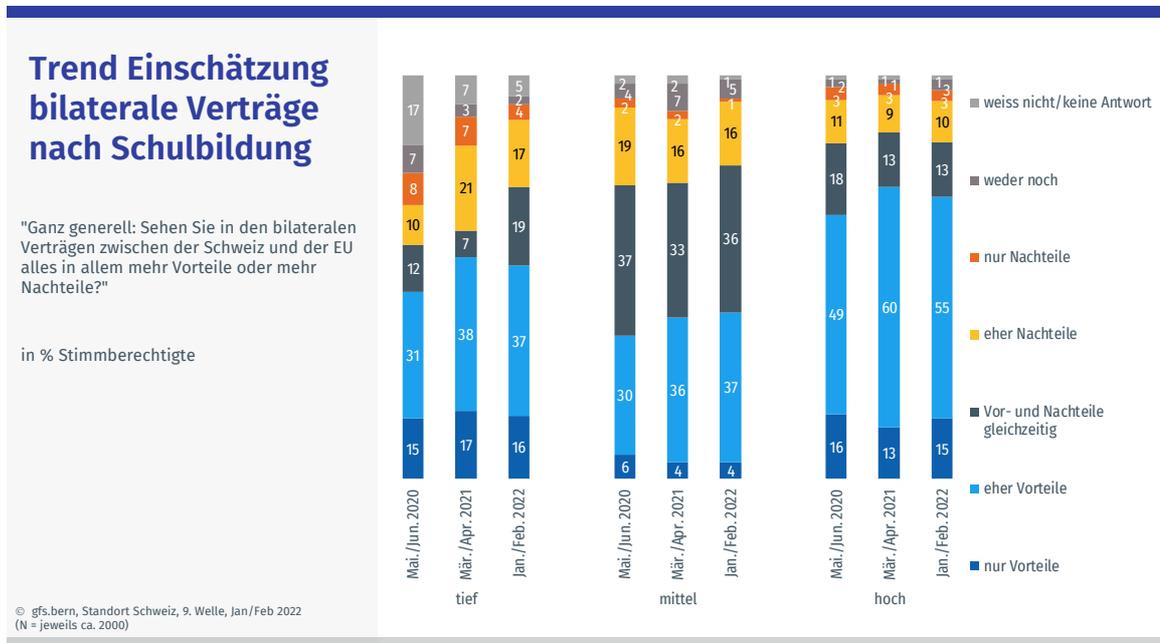
Grafik 3



Eine leicht positivere Sicht als im Vorjahr nehmen auch die FDP-Anhänger:innen ein, wobei früher noch grössere Zustimmungen gemessen wurden. Traditionell haben die SVP-Anhänger:innen die kritischste Sicht auf die bilateralen Verträge, wobei unter ihnen die meisten gleichzeitig Vor- und Nachteile sehen.

Ähnlich starke Unterschiede finden sich nach wie vor entlang der Schulbildung:

Grafik 4

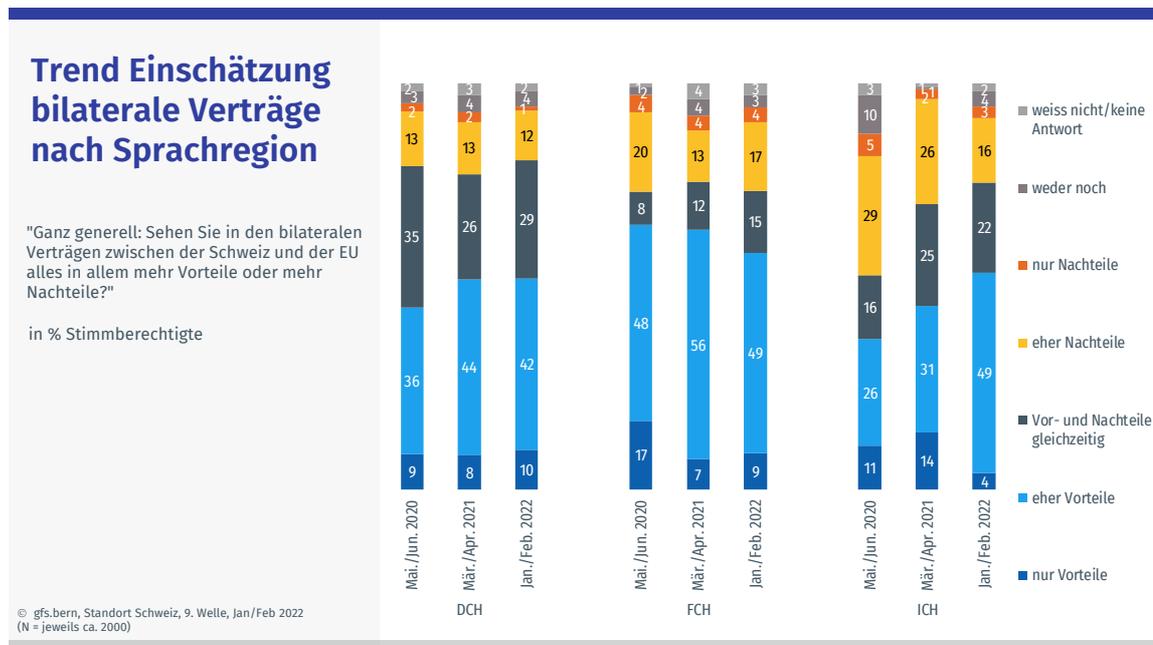


Unter Personen mit einem hohen (tertiären) Bildungsabschluss, werden die Bilateralen stabil auf hohem Niveau als vorteilhaft beurteilt. Wahrscheinlich kann dieses Milieu am stärksten von den individuellen Freiheiten profitieren, spürt aber die negativen Auswir-

kungen kaum. Anders Personen mit einem mittleren Abschluss (Berufslehre). Diese spüren den Wettbewerb durch Arbeitskräfte aus der EU direkter, ohne gleichermassen zu profitieren. So ist dieses Bildungssegment weiterhin kritischer gegenüber den Bilateralen eingestellt. Nur 41 Prozent sehen mehrheitlich Vorteile, während 36 Prozent gleichermassen Vor- und Nachteile wahrnehmen.

2022 verteilt sich die Beurteilung der Bilateralen homogener auf die Sprachregionen:

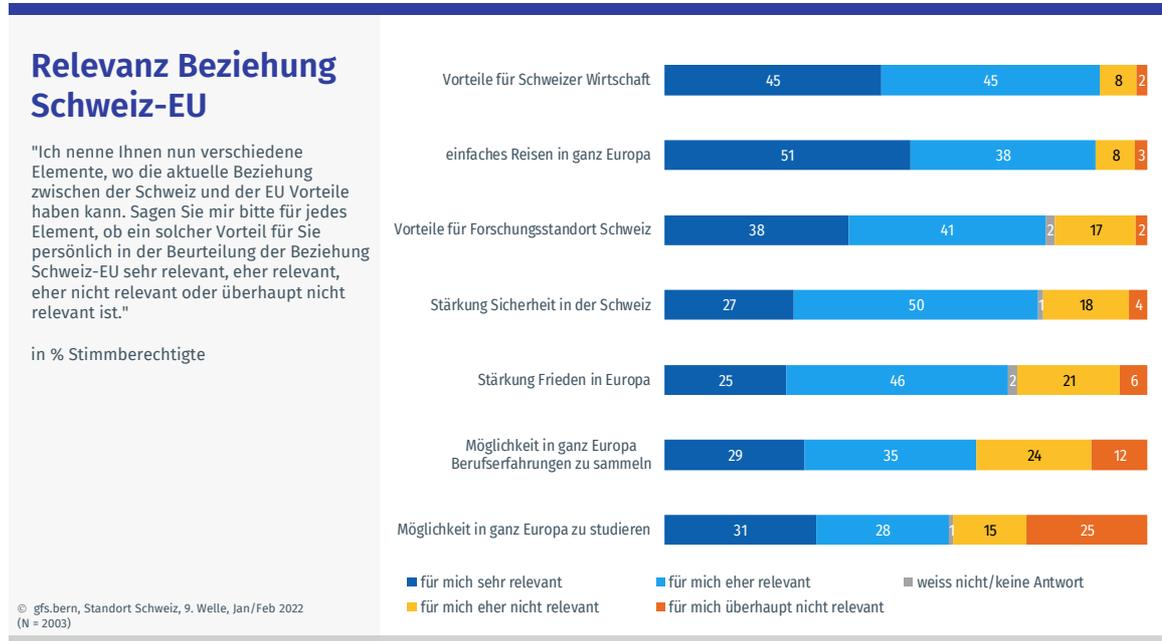
Grafik 5



In allen drei Landesteilen sieht die absolute Mehrheit eher oder nur Vorteile. In der deutsch- und italienischsprachigen Schweiz ist die Mehrheit nur knapp gegeben, in der französischsprachigen etwas deutlicher. Dennoch haben sie sich angenähert: In der Romandie ist die positive Sicht leicht rückläufig, während sie in der italienischsprachigen Schweiz gestiegen ist.

Die generelle Vorteilssicht auf die bilateralen Verträge ist nicht nur ein vages Gefühl, sondern zeigt sich in konkreten Vorteilen, welche von den Stimmberechtigten wahrgenommen werden:

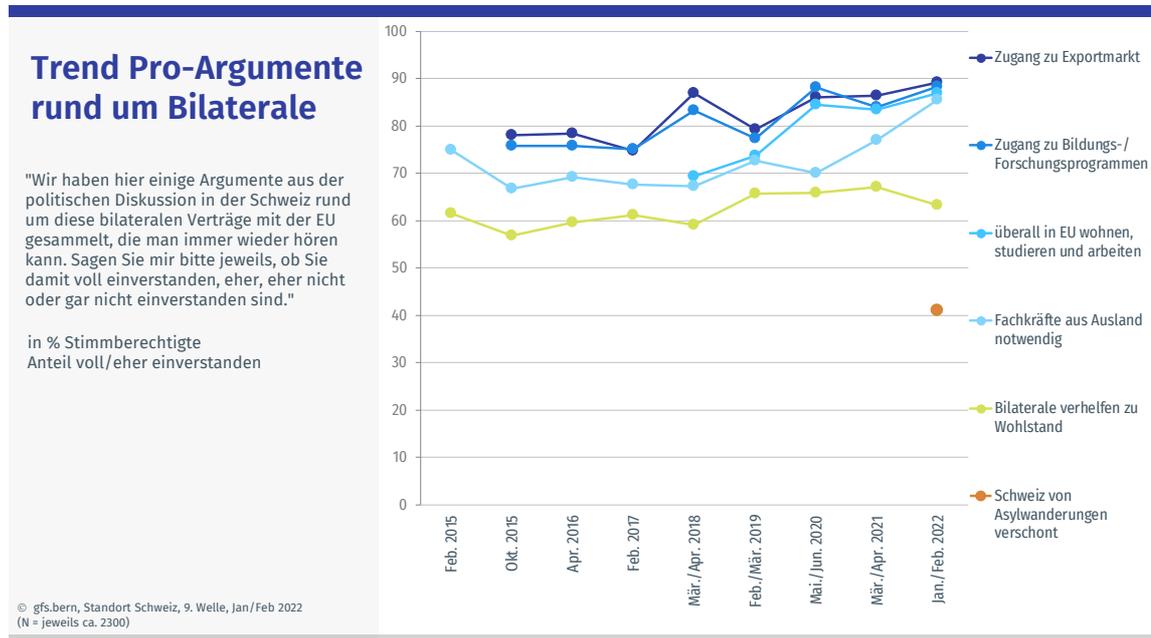
Grafik 6



Vor allem die Vorteile für die Schweizer Wirtschaft und die Vereinfachungen beim Reisen durch Europa sehen neun von zehn Befragten als relevant an. Auch die Vorteile für den Forschungsstandort, die Stärkung der Sicherheit in der Schweiz und des Friedens in Europa sind für sehr viele relevant. Fast zwei Drittel schätzen die Möglichkeit, in ganz Europa Berufserfahrungen zu machen, aber auch der Aufenthalt in anderen europäischen Ländern zu Studienzwecken hält eine Mehrheit für relevant.

Auch auf der argumentativen Ebene zeigt sich nach wie vor die wahrgenommene Wichtigkeit der bilateralen Verträge:

Grafik 7



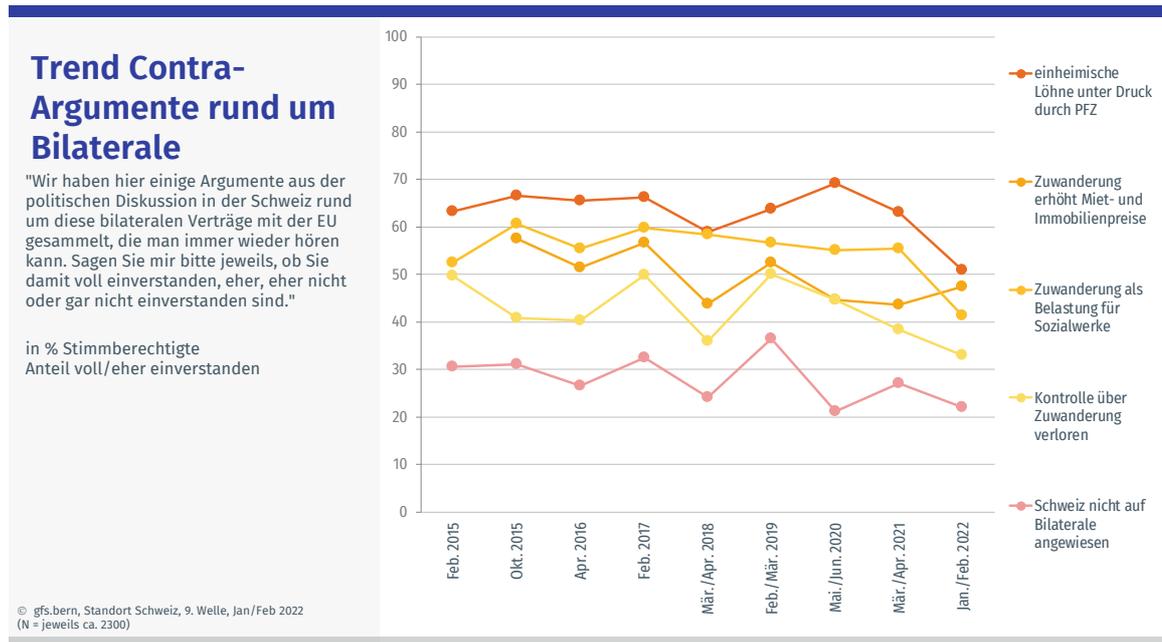
Der Zugang für die Exportindustrie zum europäischen Markt, der Zugang zu den Bildungs- und Forschungsprogrammen und die Möglichkeit, in der EU wohnen, arbeiten und studieren zu können, werden wie in den Vorjahren fast flächendeckend als Vorteil gesehen. Das Argument, dass Fachkräfte aus dem Ausland für die Schweizer Wirtschaft notwendig sind, reiht sich knapp dahinter ein. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zustimmung dazu um 9 Prozentpunkte auf 86 Prozent gestiegen. Bis 2020 schwankte der Wert jeweils um die 70 Prozent.

Auch das Wohlstandsargument bleibt stark unter den Stimmberechtigten, jedoch etwas schwächer als im Vorjahr (63%, -4 Prozentpunkte).

Jedoch ist nur eine Minderheit der Meinung, dass durch die bilateralen Verträge (Schengen/Dublin) die Schweiz von "Asylwanderungen" verschont wurde. Interessanterweise anerkennen dies die Sympathisierenden der SVP am stärksten (52%), während nur 28 Prozent der GPS-Anhänger:innen dem zustimmen.

Mit einer Ausnahme sind die Contra-Argumente rund um die Bilateralen rückläufig:

Grafik 8



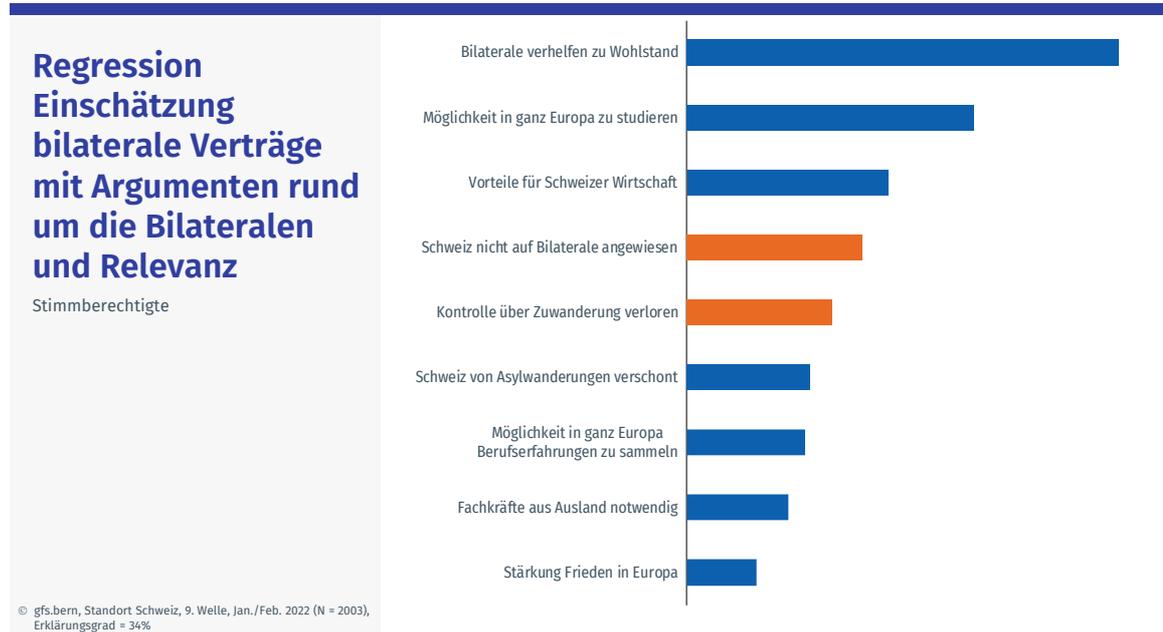
Der Druck auf die Miet- und Immobilienpreisen wird leicht stärker als im Vorjahr wahrgenommen (+3 Prozentpunkte). Nicht ganz die Hälfte stimmt der Aussage zu (47%).

Das einzige noch knapp mehrheitliche Argument (51%) ist der Druck durch die Personenfreizügigkeit auf die einheimischen Löhne. Gegenüber 2021 ist das ein Rückgang um 12 Prozentpunkte. Nur das Argument, dass die Zuwanderung eine Belastung für die Sozialwerke ist, hat einen grösseren Rückgang zu verzeichnen (-14) und ist erstmals nicht mehr mehrheitlich (41%).

Auf tieferem Niveau sind auch die Aussagen, dass die Schweiz die Kontrolle über die Zuwanderung verloren hat und nicht auf die Bilateralen angewiesen ist, ebenfalls rückläufig.

Die Einschätzung zu den aktuellen bilateralen Verträgen lässt sich mit weitergehenden Analysen auch inhaltlich begründen:

Grafik 9



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: die Argumente für oder gegen die Bilateralen sowie die Relevanz der Aspekte in der Beziehung Schweiz-EU) auf eine abhängige Variable (Vor-/Nachteilssicht Bilaterale). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu Zustimmung (blau) oder eher zu Ablehnung (orange) führt. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

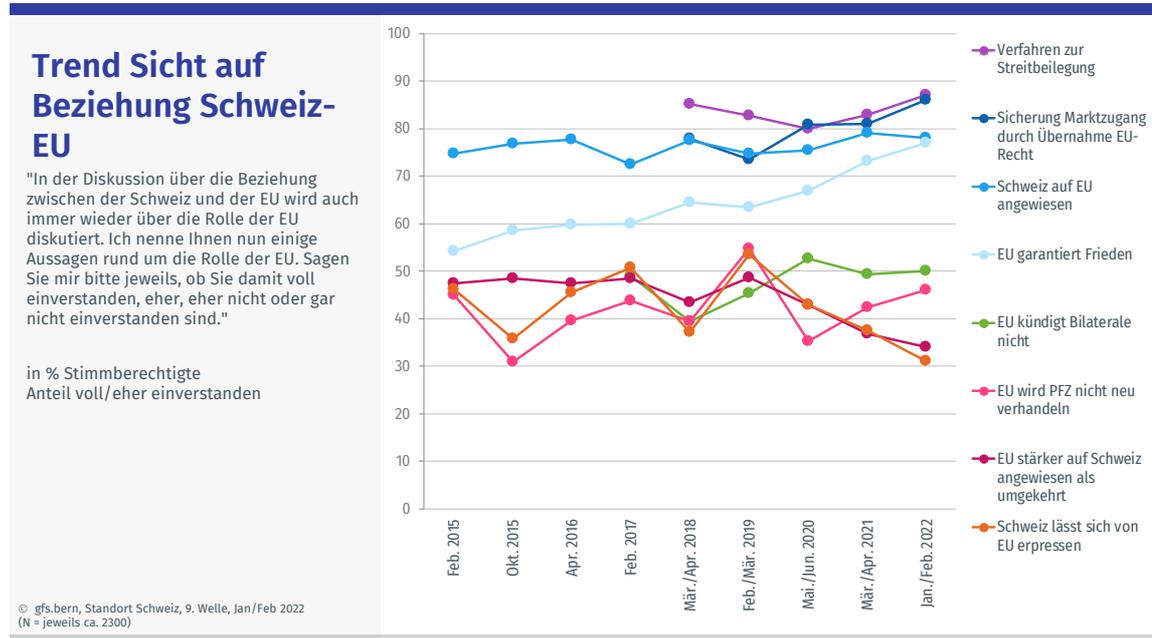
Den stärksten Einfluss auf die Beurteilung der Bilateralen hat die Aussage, dass diese uns zu Wohlstand verhelfen. Wer dieser Aussage zustimmt, hat mit höherer Wahrscheinlichkeit auch eine positivere Sicht auf die Bilateralen. Auch weitere ökonomische Überlegungen spielen eine Rolle (Vorteile für Schweizer Wirtschaft, Fachkräfte).

Einen stärkeren positiven Effekt hat auch die Möglichkeit, in ganz Europa studieren zu können. Das scheint für die Beurteilung wichtiger zu sein als die Möglichkeit, Berufserfahrungen in ganz Europa sammeln zu können.

Eher eine negative Sichtweise haben Befragte, welche der Meinung sind, dass die Schweiz nicht auf die Bilateralen angewiesen ist und die Kontrolle über die Zuwanderung verloren hat.

Auf der Beziehungsebene finden sich nur geringe Änderungen innerhalb der verschiedenen ausgetesteten Zugänge:

Grafik 10



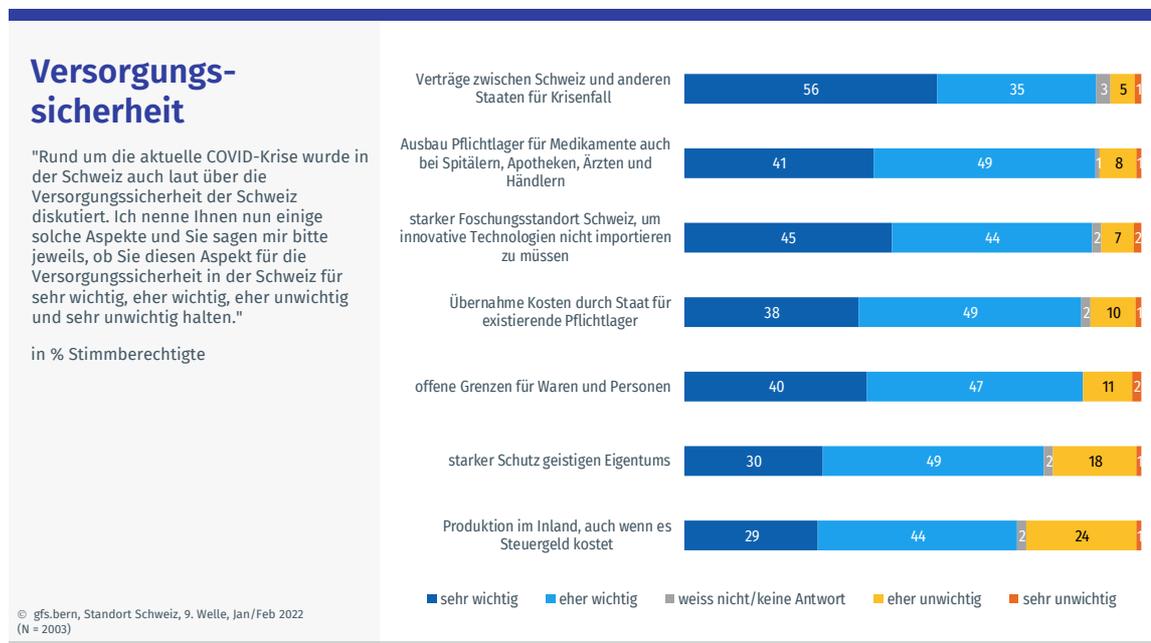
Nach wie vor unterstreichen grosse Mehrheiten, dass wir uns dank der bisherigen selektiven Übernahme von EU-Recht einen für die Schweiz zentralen Marktzugang sichern. Dabei wird auch die grundsätzliche Wichtigkeit eines Verfahrens zur Streitbeilegung stark betont. Die Zustimmung zu beiden Aussagen ist gegenüber dem Vorjahr angewachsen. Das gilt auch auf etwas tieferem Niveau für die EU als Friedensstifterin. Unverändert hoch ist die Zustimmung zur Aussage, dass die Schweiz auf die EU angewiesen ist.

Umstritten ist, ob die EU die restlichen bilateralen Verträge kündigen würde, wenn die Schweiz das Personenfreizügigkeitsabkommen beenden würde. Eine gewichtige und angewachsene Minderheit ist der Meinung, dass die EU nicht bereit wäre, die Personenfreizügigkeit neu zu verhandeln.

Minderheitlich und abnehmend sind die Ansichten, dass die EU stärker als die Schweiz auf gegenseitige gute Beziehungen angewiesen ist und dass sich die Schweiz erpressen lässt.

Die COVID-19-Pandemie hat Befürchtungen geweckt, dass aufgrund der Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland die Versorgung mit Gütern bei Verwerfungen im Welthandel nicht gewährleistet ist. Es gibt verschiedene Strategien, wie die Versorgungssicherheit der Schweiz gestärkt werden könnte. Alle abgefragten Vorschläge werden klar mehrheitlich von den Stimmberechtigten als wichtig für die Versorgungssicherheit gesehen:

Grafik 11



Aus Sicht der Stimmberechtigten sind internationale Verträge ein zentraler Aspekt. Ebenso sollen die Pflichtlager für Medikamente ausgebaut werden und der Staat soll für die Kosten von Pflichtlagern aufkommen. Auch in einem starken Schweizer Forschungsstandort wird flächendeckend ein wichtiger Aspekt gesehen. Für fast 90 Prozent sind die offenen Grenzen wichtig bei der Bewältigung von Versorgungsgpässen.

Etwas weniger eindeutig ist die Einschätzung bezüglich dem Schutz des geistigen Eigentums, wobei fast vier Fünftel diesen als wichtigen Aspekt für die Versorgungssicherheit einstufen.

Der Ausbau der inländischen Produktion, wenn nötig auch mit Steuergeldern, erzeugt am meisten Kritik. Immerhin ein Viertel der Befragten würde diese Massnahme als eher oder sehr unwichtig betrachten.

2 Verhandlungsabbruch bietet Chancen und Risiken – aber wer hat die besseren Trümpfe in der Hand?

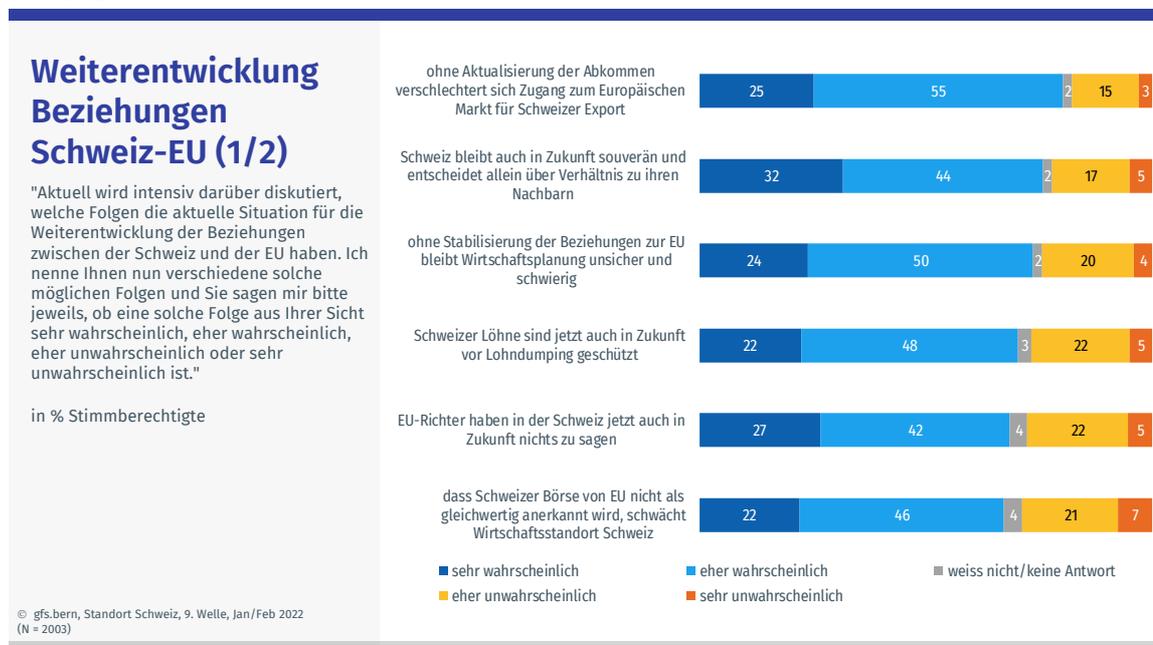


Die Stimmberechtigten betrachten den Verhandlungsabbruch zum institutionellen Abkommen einerseits mit Besorgnis: Sie befürchten einen erschwerten Marktzugang für die Exportindustrie, eine unsichere und schwierige Wirtschaftsplanung sowie eine Schwächung des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Schweiz. Andererseits wird auch gesehen, dass dadurch Souveränität bewahrt, die Löhne vor Lohndumping geschützt und der Einfluss von EU-Richter:innen gebannt wurde. Die Befragten sind sich aber nicht sicher, ob das die Verhandlungsbasis für die Schweiz verbessert oder verschlechtert hat.

Die Stimmberechtigten gestehen dem Bundesrat bei Verhandlungen durchaus zu, Kompromisse einzugehen, solange das Referendumsrecht gewahrt wird. Andernfalls ist für die Befragten eine rote Linie überschritten – genauso wie bei der Unionsbürgerrichtlinie. Als Alternative zur aktuellen Situation kommen für die Stimmberechtigten sowohl ein reines Freihandelsabkommen oder der EWR-Beitritt mehrheitlich in Frage.

Mit dem Verhandlungsabbruch zum institutionellen Abkommen hat der Bundesrat Tatsachen geschaffen. Es besteht die Ungewissheit, welche Auswirkungen dies mittel- bis langfristig für die Schweiz und ihre Beziehung zur Europäischen Union nach sich ziehen wird. Die Stimmberechtigten hegen verschiedene Befürchtungen und Hoffnungen:

Grafik 12

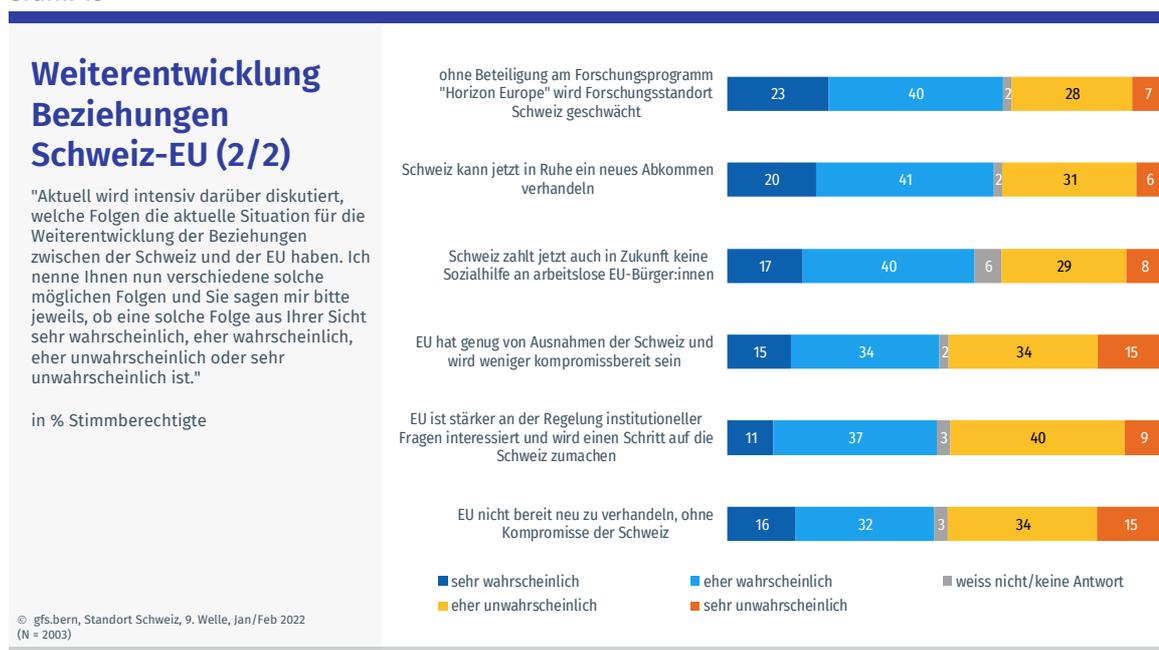


Vier von fünf Befragten halten es für sehr oder eher wahrscheinlich, dass sich der Marktzugang für den Schweizer Export ohne Aktualisierung der Abkommen verschlechtern wird. Rund drei Viertel denken, dass die Wirtschaftsplanung unsicher und schwierig bleiben wird.

Gut zwei Drittel sehen in der Nichtverlängerung der Börsenäquivalenz der Schweizer Börse eine Schwächung des Schweizer Wirtschaftsstandorts; 63 Prozent halten die Schwächung des Forschungsstandorts durch den Ausschluss aus dem Forschungsprogramm "Horizon Europe" als wahrscheinlich.

Auf der anderen Seite wird aber auch klar festgehalten, dass die Schweiz ihre souveräne Aussenpolitik beibehält, die Schweizer Löhne weiterhin vor Lohndumping aus der EU geschützt bleiben und auch in Zukunft EU-Richter nichts in der Schweiz zu sagen haben. 57 Prozent glauben, dass die Schweiz jetzt auch weiterhin keine Sozialhilfe an arbeitslose EU-Bürger:innen zahlt.

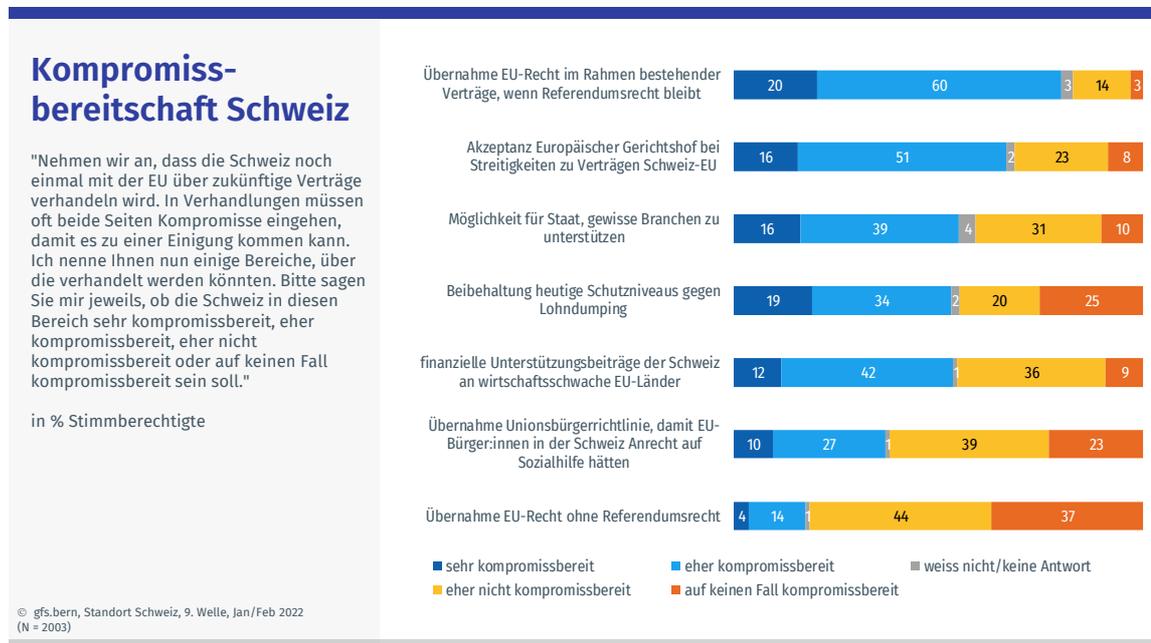
Grafik 13



Immerhin 61 Prozent denken, dass man jetzt in Ruhe ein neues Abkommen aushandeln kann. Unter den Befragten herrscht aber Unklarheit, wer dabei die besseren Trümpfe in der Hand hält: Wird die EU nun weniger kompromissbereit sein und nur verhandeln, wenn die Schweiz Zugeständnisse macht? Oder ist die EU stärker an der Regelung der institutionellen Fragen interessiert und deshalb in der Bringschuld? Die Stimmberechtigten sind in dieser Einschätzung gespalten.

Trotz Scheitern der Verhandlungen zum institutionellen Abkommen wird es früher oder später wieder zu neuen Verhandlungen mit der EU kommen. Die Stimmberechtigten haben zwei klare "rote Linien", welche die Schweizer Verhandlungsführer:innen nicht überschreiten dürfen:

Grafik 14



81 Prozent fordern, dass der Bundesrat eher nicht oder auf keinen Fall kompromissbereit sein darf, wenn es um die Übernahme von EU-Recht geht unter Aushebelung des Referendumsrechts. Fast gleich viele sind auf der anderen Seite durchaus kompromissbereit, wenn das Referendumsrecht gewahrt bleibt. Auch bei der Unionsbürgerrichtlinie würde die EU bei Verhandlungen auf Granit beißen, wenn es nach der Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten geht.

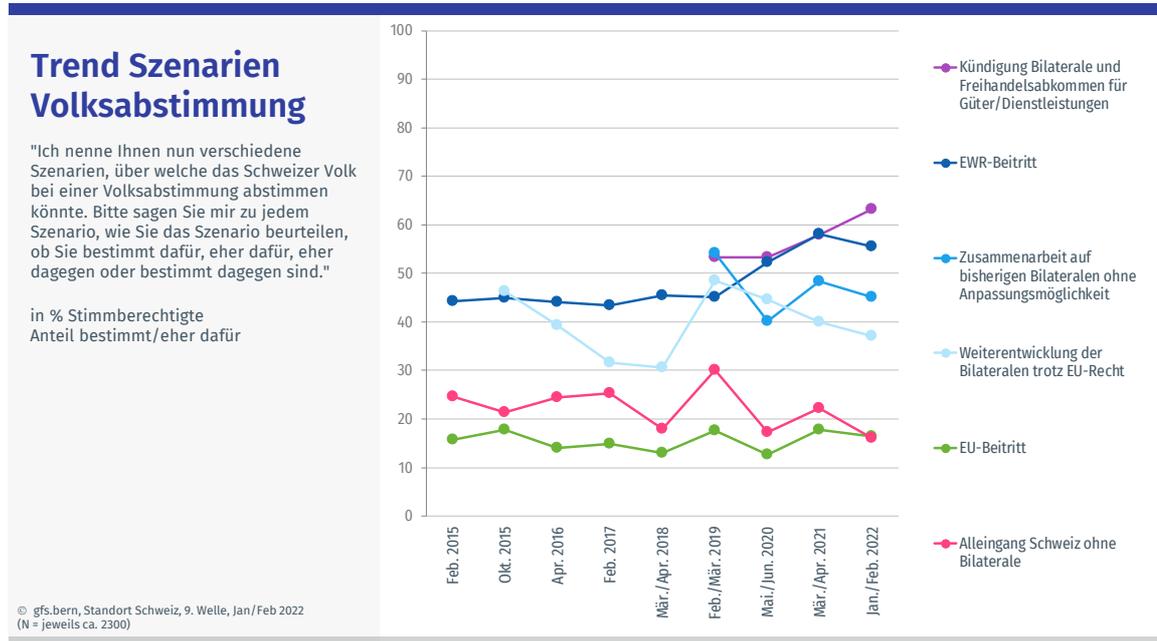
Die Befragten halten jedoch nicht an allen Positionen der Schweiz dogmatisch fest. Unterschiedlich stark lassen sie dem Bundesrat mehrere Bereiche als Verhandlungsmasse, um einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss zu finden. Zwei Drittel könnten sich beispielsweise damit anfreunden, dass der Europäische Gerichtshof EuGH bei Streitigkeiten zwischen der Schweiz und der EU entscheidet.

Knapp absolute Mehrheiten sehen Möglichkeiten für Kompromisse bei der Unterstützung von einzelnen Branchen (z.B. Staatsgarantie der Kantonalbanken), dem Schutz gegen Lohndumping oder der finanziellen Unterstützung wirtschaftsschwacher EU-Länder (Kohäsionsbeitrag).

Ob eine solche konkrete Abschwächung der Schweizer Position auch in einer etwaigen Volksabstimmung durchkommen würde, steht jedoch auf einem anderen Blatt. Ein entscheidender Faktor wird sein, was die Schweiz im Gegenzug von der EU erhält. Es kommt auf die Bewertung des Gesamtpakets an.

Die Stimmberechtigten könnten sich zwei Alternativszenarien zur jetzigen Ausgestaltung der europäischen Beziehung mehrheitlich vorstellen:

Grafik 15



Am meisten Sukkurs erhält zurzeit ein Freihandelsabkommen für Güter und Dienstleistungen, welches die Bilateralen ablösen würde. 63 Prozent wären bestimmt oder eher dafür. Insbesondere SVP-Sympathisant:innen würden dieses Szenario bevorzugen (84%). Als einziges der abgefragten Szenarien hat es gegenüber dem Vorjahr an Zustimmung zugelegt.

Das ist jedoch keine eindeutige Vorgabe seitens der Stimmberechtigten, die europäische Integration zurückzufahren. Mit dem EWR-Beitritt findet auch eine mögliche Vertiefung der Integration immer noch eine absolut mehrheitliche Zustimmung (56%).

Nach wie vor klar abgelehnt werden die beiden Extrempositionen eines Schweizer Alleingangs oder eines EU-Beitritts. Beides findet in keiner Parteianhängerschaft auch nur annähernd eine Mehrheit.

Nicht mehr so attraktiv wie im Vorjahr ist eine weitere Zusammenarbeit im Rahmen der bilateralen Verträge, wenn es keine Anpassungsmöglichkeiten gibt. Keine Mehrheit findet auch die Weiterentwicklung der Bilateralen, wenn damit die Übernahme von EU-Recht verbunden ist. Zumindest die Anhängerschaften von GLP und GPS wären zurzeit dafür mehrheitlich zu haben.

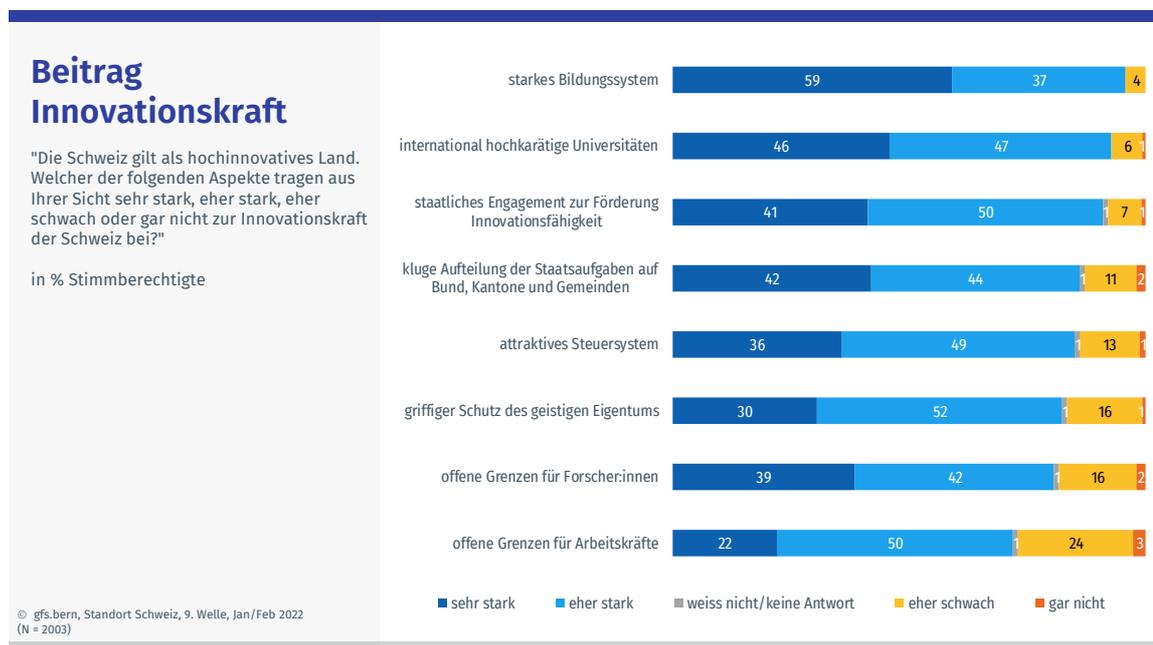
3 Bildung wichtigster Treiber von Innovation



Ein starkes Bildungssystem und international hochkarätige Universitäten sind aus Sicht der Stimmberechtigten die wichtigsten Treiber von Innovation. Auch der Schutz des geistigen Eigentums trägt dazu bei. Offene Grenzen für Arbeitskräfte werden in diesem Zusammenhang ebenfalls klar mehrheitlich positiv gesehen, aber weniger stark als andere Faktoren.

Im internationalen Vergleich belegt die Schweiz hinsichtlich Innovationskraft immer wieder Spitzenplätze¹. Auch aus Sicht der Stimmberechtigten gibt es viele Faktoren, welche diese Innovationskraft befördern. Der wichtigste Treiber ist aus ihrer Sicht die Bildung:

Grafik 16



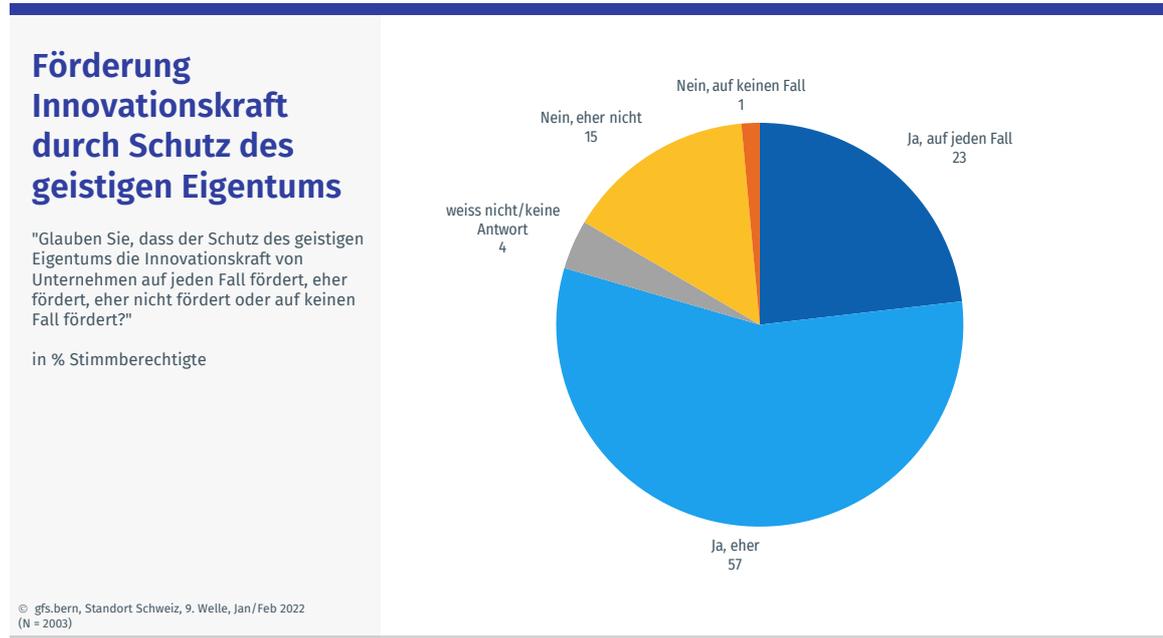
Fast flächendeckend werden das starke Bildungssystem und die hochkarätigen Universitäten als sehr oder eher starker Beitrag zur Innovationskraft der Schweiz gesehen. Über 90 Prozent schreiben es auch der staatlichen Förderung der Innovationsfähigkeit zu. Auch der Aufteilung auf die verschiedenen Staatsebenen, den tiefen Steuern und dem Schutz des geistigen Eigentums schreiben viele den Erfolg zu.

Offene Grenzen für Forscher:innen (81%) und für Arbeitskräfte (72%) gelten auch deutlichen Mehrheiten als ein Baustein der Innovationskraft, werden aber weniger oft als die anderen Aspekte genannt.

¹ exemplarisch der Global Innovation Index GII, bei dem die Schweiz seit 2011 ununterbrochen Platz 1 belegt (<https://www.globalinnovationindex.org/gii-2021-report#>)

So erstaunt es auch nicht, dass die Befragten im Schutz des Eigentums klar mehrheitlich eine Förderung der Innovationskraft von Unternehmen sehen:

Grafik 17



23 Prozent bejahen das in jedem Fall, weitere 57 eher. Nur 16 Prozent sind anderer Meinung. Diese deutlich positive Sicht ist mehrheitlich auch in allen Untergruppen inklusive den Anhängerschaften der grossen Parteien von links bis rechts zu finden.

4 Methodischer Kurzbericht

Die Interpharma beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern mit der Durchführung einer neunten Studie in der Projektreihe "Standort Schweiz – Europafragen". Hauptziel dieser Reihe ist, das Meinungsbild der Schweizer Stimmberechtigten rund um die bilateralen Verträge mit der EU auszuleuchten.

Das vorliegende "Wichtiges in Kürze" soll interessierten Lesern einen schnellen Zugang zu den zentralen Erkenntnissen ermöglichen. Es umfasst alle relevanten Erkenntnisse aus der Erhebung zur Beziehung zwischen der Schweiz und Europa.

Die Ergebnisse der neunten Befragung in der Projektreihe "Standort Schweiz – Europafragen" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 2'003 Stimmberechtigten der Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 3. Januar und dem 12. Februar 2022 mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) durchgeführt. Befragt wurde anhand eines Random Digit Dialing (RDD)/Dual-Frame-Verfahrens via Festnetz und Handy.

Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 1: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 2'000	±2.2 Prozentpunkte	±1.8 Prozentpunkte
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

Zur Korrektur soziodemografischer Verzerrung wurde entlang der Sprachregionen und nach Alter/Geschlecht gewichtet, eine inhaltliche Gewichtung erfolgte entlang der Partiaffinitäten und einer Recall-Frage zu einer vergangenen Abstimmung.

Das hier verwendete RDD/Dual-Frame-Erhebungsverfahren verlangte zudem eine Basisgewichtung mittels Wahrscheinlichkeiten der technischen Erreichbarkeiten aufgrund der Anzahl Telefonanschlüsse.

5 Anhang

5.1 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler (lic. rer. soc.), Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent am VMI der Universität Fribourg und an der ZHAW Winterthur

✉ urs.bieri@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Buchform, Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet. Aktuelle Publikation: Bieri, U et al. Digitalisierung der Schweizer Demokratie, Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem. Vdf 2021.

JONAS PHILIPPE KOCHER

Projektleiter, Politikwissenschaftler

✉ jonas.kocher@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Gesellschaftsthemen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Hochrechnungen, Feldaufträge

OLGA JENZER

Wissenschaftliche Mitarbeiterin Data Science

✉ olga.jenzer@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Datenanalyse, Quantitative und qualitative Methoden, Visualisierungen, Recherchen



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

✉ daniel.bohn@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung,
Visualisierung

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied von Swiss Insights und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SWISS INSIGHTS**
Institute Member

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.